

Thema aktuell

Déjà vu mit den Grünen oder "Denk' ich an den Kultusetat in der Nacht..."

Heute: SPD



von Dr. Stefan Fulst-Blei MdB

Déjà-vu im Juni: Da war er wieder, der alte "Geist der 11.600". Die neue Landesregierung war noch nicht richtig vereidigt, da kündigte die neue Finanzministerin Edith Sitzmann (Grüne) bereits im Mannheimer Morgen ("In Schulen könnten Stellen frei werden", 1. 6. 2016) Kürzungen im Etat des Kultusministeriums an. Seit der berühmten Zahl "11.600", 2012 von Ministerpräsident Winfried Kretschmann als zu kürzende Lehrerstellen herausgegeben, gab es regelmäßig Auseinandersetzungen zwischen SPD und Grüne über die Frage wie viel Bildung kosten darf. Bei Bildungspolitikern und Verbänden stieß diese Zahl von Anfang an auf völliges Unverständnis.

Dass dieser Massenabbau an Lehrerstellen verhindert werden konnte, ist ein großer politischer Erfolg der SPD der letzten Legislatur. Ohne Frage, auch wir mussten unangenehme Entscheidungen treffen, um so einen ausgeglichenen Landeshaushalt zu gewährleisten. Die Erfolge der finanziellen Konsolidierung sollten es aber nach unserem Regierungsprogramm ermöglichen, zum Beispiel die Absenkung der Eingangsbesoldung in dieser Legislaturperiode zurückzunehmen. Es kam anders und doch gebe ich zu, dass mich die Geschwindigkeit, mit der insbesondere die Grünen wieder auf einen harten Sparkurs zulasten des Bildungsetats einschwenken, doch selbst überrascht hat. Sie bleiben dabei die gleiche Antwort schuldig, wie wir sie schon in den vergangenen Jahren immer wieder gestellt haben: Wie wollt Ihr die Unzahl an gestiegenen Aufgaben in unseren Schulen bei gleichzeitiger Kürzung von Lehrerstellen bewältigen?

Die neue Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) musste im September einräumen, dass selbst eine Abdeckung des Pflichtunterrichtes nicht gewährleistet sei. Wie sie vor diesem Hintergrund einige Wochen später in der Öffentlichkeit verkündigen kann, dass mehrere 100 Lehrerstellen gestrichen werden sollen, war völlig unverständlich. Entsprechend im Oktober dann der Eklat: Ministerin Eisenmann legte eigenmächtig die Projekte Ausbau Ganztagschule, Inklusion und IT-Unterricht aufs Eis und verkündigte dies über die Medien - ein einmaliger Vorgang. Via Deutscher Presseagentur und Interviews im SWR kam es zu einem Grün-Schwarzen

Schlagabtausch, der schon etwas von "Szenen einer Ehe hatte" - kurz vor der Scheidung. Der Honeymoon hat offensichtlich keine sieben Monate gehalten. Die Ministerin, zu schwach die Streitfragen intern zu lösen, hat die inhaltliche Vertrauensfrage gestellt. Eine massive Verunsicherung von Eltern und Kommunen nahm sie damit bewusst in Kauf. Man fragte sich, was kommt als Nächstes?

Dabei konnte Ministerin Eisenmann allenfalls einen Pseudo-Teilerfolg erzielen und den dazu noch teuer erkaufte. Die SPD hatte mit Minister Andreas Stoch am Ende der vergangenen Legislatur noch ein Förderprogramm für Grundschulen durchgesetzt. Deutsch und Mathematik sollten besonders gefördert werden, nicht zuletzt auch, weil hiervon alle weiterführenden Schulen profitieren. In Folge des "Kompromisses" werden jetzt (ausgerechnet) die Viertklässler des Schuljahres 2017/18 aus der Förderung rausgenommen. Für mich völlig unverständlich.

Beim Ausbau der Ganztagschule sollen jetzt statt der geplanten 180 Stellen 100 reichen. Dieser Ansatz ist zu bezweifeln. Im Falle einer höheren Antragszahl neuer Ganztagschulen wäre die Konsequenz eine Verschlechterung der Unterrichtsversorgung allgemein. Hier wurde in den letzten Jahren eine Trendumkehr erreicht, die auch der Philologenverband anerkannt hat. Wir haben hier aber noch eine Wegstrecke zu gehen und jetzt droht sogar ein Rückschritt. Bereits heute knirscht es also im grün-schwarzen Haushaltsgebälk und dabei will die Koalition tatsächlich noch immer 1.074 Stellen 2017/18 streichen. Wie soll das gehen, außer auf Kosten der Unterrichtsversorgung? Ich halte dies in Anbetracht der anstehenden Aufgaben für unser Bildungssystem für unverantwortlich.

Wir haben einen neuen Bildungsplan für das achtjährige Gymnasium erarbeitet mit dem Ziel, bei hoher fachlicher Qualität den Ruf nach Abbau des G8-Stresses gerecht zu werden. Dafür brauchen wir Lehrerstellen.

Die SPD hat gegen grüne Widerstände den Schulversuch G9 ermöglicht. Hier steht nun eine Anschlussentscheidung an. Dafür brauchen wir Lehrerstellen.

Inklusion braucht die Umsetzung des Zwei-Pädagogen-Prinzips. Dafür brauchen wir Lehrerstellen.

Die Landesregierung spricht von Digitalisierungsoffensive, lässt bislang aber Konzepte vermissen. Wir müssen nicht nur in Kabeln (Infrastruktur), sondern vor allem auch in Köpfen denken. Ich empfehle hier z. B. einen Blick auf die Entwicklung in der Tschechischen Republik, dem Überraschungssieger im ICILS-Ländervergleich (Stichwort "nationaler Rahmenplan"). Dafür brauchen wir Lehrerstellen.

Schließlich bin ich der festen Überzeugung, dass die gesellschaftlichen und europapolitischen Veränderungen eine Stärkung der politischen Bildung und der emanzipativen Kraft des oder der Einzelnen braucht. Dabei geht es um mehr als nur die (notwendige!) kritische Auseinandersetzung mit medialen Inhalten. Auch dafür brauchen wir Lehrerstellen.

Und bitte keine Hinweise auf die Verschuldungssperre 2020. Die SPD hat gezeigt, dass beides möglich ist: viermal Nullverschuldung bei hohen Investitionen in den Bildungsbereich. Es ist wie so häufig in der Politik vor allem eine Frage der Schwerpunktsetzung. Repetitio est mater studiorum: Ich sehe keine einzige Lehrerstelle, die wir streichen können!